



## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats  
BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Angelika Wackler

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1144  
Fax 08122/58-1109  
angelika.wackler@lra-  
ed.de

Erding, 17.05.2016  
Az.:  
2014-2020/KA/015

### **15. Sitzung des Kreisausschusses am 18.04.2016**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bauer, Thomas, Dr.

Biller, Josef

Vertretung für Max Gotz

Dieckmann, Ulla

Eichinger, Gertrud

Els, Georg

Kuhn, Günther

Vertretung für Helga Stieglmeier

Mehring, Rainer

Scharf, Ulrike

Sterr, Josef

Treffler, Christina

Wiesmaier, Hans

#### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin, Landrat

#### **von der Verwaltung:**

Fiebrandt-Kirmeyer, Claudia

Pressesprecherin

Fuchs-Weber, Karin

Büro Landrat

Kröppel, Thomas

Beschaffungswesen, TOP 2 und 3

Wackler, Angelika

Protokoll

#### **Ferner nehmen teil:**

Frau Bauer, Staatliches Schulamt Erding, TOP 1

Frau Schüller u. Frau Michel, Hochschule für angewandtes Management, TOP 1

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil:

1. Modell 9+2 an der Mittelschule  
Vorlage: 2016/1944
2. Öffentliche Ausschreibung eines Rahmenvertrages über Büromaterial  
Vorlage: 2016/1953
3. Öffentliche Ausschreibung eines Rahmenvertrages zum Bezug von preisgebundener Fachliteratur  
Vorlage: 2016/1954
4. Bekanntgaben und Anfragen
  - 4.1. Anfrage von KRin Eichinger zu den landkreiseigenen Brücken
  - 4.2. Anfrage von KRin Dieckmann zum Weiterbau der A 94

### 1. **Modell 9+2 an der Mittelschule** **Vorlage: 2016/1944**

**Der Vorsitzende** begrüßt Frau Schüller und Frau Michel von der Hochschule für angewandtes Management (H.f.a.M.) und Frau Bauer vom Staatlichen Schulamt. Vor Eintritt in das Thema möchte er darauf hinweisen, dass der Kreisausschuss keine grundsätzliche Entscheidung dazu treffe, welcher Standort in Frage kommen würde sondern ob die Beförderungskosten übernommen werden. Die Standortfrage werde das Schulamt treffen. Das angeforderte Gutachten könne die Schulamtsleitung als Entscheidungsgrundlage nutzen.

**Frau Schüller** berichtet, dass sie als Statistikerin der H. f. a. M. seit vielen Jahren Schulentwicklungsgutachten erstellt, für den Landkreis Erding und für andere Landkreise. Sie erklärt, dass das heutige Gutachten nicht der finale Stand sei, da die Einrichtung eines zweiten 9+2 Standortes sehr selten wäre und deshalb wenige Erfahrungswerte vorlägen. Sie kündigt an, auf die Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bei ihrer Präsentation einzugehen. Im Anschluss stellt sie das Gutachten, anhand der Präsentation (siehe Anlage) vor.



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

Auf Nachfrage erläutert **Frau Schüller**, dass sich laut Geburtenprognose die demografische Entwicklung verändere und deshalb lägen ab 2020/2021 steigende Geburtszahlen vor. Zudem habe man auch die Zuwanderung der Bevölkerung mit berücksichtigt.

Zusammenfassend erklärt sie beim Szenarium „gemäßiger Trend“, dass die Einführung eines 9+2 Modelles in Wörth wohl nicht realisierbar wäre, in Finsing sehe es ganz gut aus, in Isen sei es etwas schlechter als in Finsing aber durchaus zu Beginn noch tragfähig und in Forstern: „*eher auch nicht*“. Sie fügt hinzu, dass je Klasse mindesten 15 Schüler benötigt werden.

*(Frau Schüller übergibt an Frau Michel und verlässt die Sitzung)*

**Frau Michel** fasst die Präsentation abschließend zusammen. Das Zahlenmaterial habe ergeben, dass das Potential für einen zusätzlichen Standort Modell 9+2 vorhanden sei. Tendenziell würden sie als Standort Isen empfehlen, da diese Schüler momentan von der Teilnahme ausgeschlossen seien und damit eine Bereicherung des Bildungsangebotes, des südöstlichen Landkreises Erding, erfolgen würde. Sie fügt hinzu, dass kritisch beachtet werden sollte, dass die mittleren Prognosewerte - Entwicklung der Schülerzahlen im 9+2 Modell im Zeitraum bis 2026/27 – sagen: „*es könnte zur Klassenbildung hinten raus schon eher knapp werden.*“ Zudem gebe es bereits in räumlicher Nähe, in anderen Landkreisen andere Angebote.

Weiter sollten noch Fragen beachtet werden wie z. B. möchte ich mit diesem Standort einen kritischen Standort stärken oder soll der Schwerpunkt auf eine Qualifizierung des Bildungsangebotes gelegt werden.

Im Allgemeinen könne sie sagen, dass im Landkreis Erding ein sehr gutes Bildungsangebot vorhanden sei.

**Kreisrat Wiesmaier** stellt fest, dass dies eine Fülle an Information war, er glaubt jedoch, dass man zu diesem Thema noch tiefer gehen müsse. Er berichtet von Erfahrungswerten aus 3 Jahren 9+2 Modell in Wartenberg. Aus diesen Erfahrungswerten sei für ihn eine Veränderung ersichtlich im Abgang zu den Endzügen und im Abgang zu anderen Schulen. Wichtig sei auch, dass die Schüler sich bewusst für diese Schulart entscheiden und dann auch längere Anfahrtswege auf sich nehmen würden.

Er möchte nicht, dass die staatliche Aufgabe der Migration oder der Integration auf dieses Modell „abgewälzt“ werde. Zudem hofft er, dass das Modell nicht nur quantitativ gesehen werde sondern auch qualitativ und damit auch das Einstiegskriterium Note weiter berücksichtigt wird.

**Kreisrat Mehringer** kommt auf das Gutachten zurück, bei dem sich die Standorte Finsing und Isen herauskristallisiert hatten. Laut Vorlagebericht gehe es heute um die Beförderungskosten. Er möchte wissen, an welchem Standort die Kosten für die Beförderung höher seien, für Isen oder Finsing. Er findet, eine Grundsatzdiskussion zum Standort sei nicht im Sinne der Vorlage und wenn, dann bräuchte das Gremium noch mehr Informationen, unter anderem auch von der Schulamtsleitung.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass der Ausschuss indirekt den Standort mit entscheiden würde, denn da, wo die Beförderungskosten übernommen werden, etabliere sich ein Standort. Das Problem liege nun darin, dass die Beförderungskosten nicht einschätzbar seien da unklar sei, aus welchen Gemeinden die Standorte angefahren werden. Er könne nur Hinweise geben, wie gut erreichbar die jeweiligen



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Standorte seien. Im Anschluss nennt er Fahrtzeiten zu den vier Schulen. Zudem müsse noch beachtet werden, dass man bestehende Standorte nicht gefährde.

*(Tabelle Fahrtzeiten wird an die Kreisräte verteilt)*

**Frau Bauer** berichtet, dass man als Mittelschüler nicht einfach in einen anderen Landkreis gehen dürfte. Diskutieren könne man darüber, wenn eine deutlich nähere Erreichbarkeit der Schule vorläge. Dies sei der einzige Grund eine Schule außerhalb des Landkreises zu besuchen. Der bisherige Schüleraustausch mit dem Landkreis Freising habe man mit den betroffenen Schulen besprochen und Dank deren Einverständnis umsetzen können. Daher sei für sie die Gefährdung durch andere Landkreise nicht so groß.

*Im Gremium findet eine rege Diskussion zu den Standorten, Fahrtwegen und einem möglichen Gefährdungspotenzial statt.*

**Kreisrätin Dieckmann** findet es schwierig eine Entscheidung zu treffen und hätte sich noch genauere Zahlen zur Schülerbeförderung gewünscht. Sie regt an, über den Tellerrand zu schauen und auch an eine Stärkung des ländlichen Raumes zu denken, zudem müsse man auch die Übergangsklassen an den Mittelschulen beachten.

**Frau Michel** fügt hinzu, dass die genannten Übergangsklassen ein spezielles Angebot der Mittelschulen seien, welches nicht im Regelsystem enthalten sei. Damit wolle man Jugendliche unterstützen, die aufgrund von Sprachproblemen oder kurzlichem Zuzug nicht am Regelunterricht teilnehmen können.

**Der Vorsitzende** geht davon aus, dass die Übergangsklassen sinnvollerweise in den Schulen angeboten werden, in denen auch die Nachfrage vorläge.

**Frau Bauer** ergänzt, dass es in Erding zwei Übergangsklassen und in Taufkirchen eine Klasse gebe. Sie fügt hinzu, dass sie gerne noch mehr etablieren würde, sie diese jedoch aus dem normalen Budget finanzieren müsste und auch noch ein Lehrermangel vorläge.

**Der Vorsitzende** fasst zusammen, dass man nicht für alle Ortsteile Zahlen zu den Beförderungskosten berechnen könne. Für ihn sei klar, dass das Angebot, innerhalb des bestehenden Bussystems umgesetzt und gewährleistet sein muss. Er erinnert daran, dass nur die Standorte Wörth, Finsing und Isen berücksichtigt werden, da diese sich um einen Standort beworben haben. Die notwendige bauliche Situation sei an allen drei Standorten vorhanden oder könnte mit bereits geplanten Maßnahmen umgesetzt werden und laut Einschätzung der Schulamtsleitung läge bei allen drei Standorten keine vordringliche Gefährdung vor.

Er schlägt vor, einen Beschluss zu fassen, die Beförderungskosten für einen weiteren Standort 9+2 zu übernehmen, unter der Annahme, die bisherigen Standorte nicht zu gefährden und eine zumutbare Erreichbarkeit, ohne ein zusätzliches Busangebot zu gewährleisten.

**Kreisrat Sterr** erklärt, dass das Gutachten viele Details gebracht, die Entscheidungsgrundlage jedoch nicht deutlich gefördert habe. Für ihn lägen für eine Empfehlung noch zu viele offene Fragen vor.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Eichinger** befürwortet einen weiteren Standort 9+2 und geht davon aus, dass die Kosten für die Schülerbeförderung verhältnismäßig ähnlich seien. Sie verweist noch auf die Schätzung der Kosten in der Vorlage in Höhe von 20.000 Euro. Sie plädiert dafür einen Beschluss zu fassen, die Fahrtkosten für einen weiteren 9+2 Standort grundsätzlich zu übernehmen.

**Kreisrat Dr. Bauer** findet, dass die Fahrtkosten nicht der entscheidende Faktor sein sollten, es müssten alle Faktoren berücksichtigt werden, auch sollte kein anderer Standort gefährdet werden.

**Kreisrat Els** hinterfragt das gerade Gehörte mit der folgenden Zusammenfassung. Ein zusätzlicher Standort Modell 9+2 sei eine gute Ergänzung des bisherigen Angebotes aber man könne nicht ausschließen, dass M-Standorte gefährdet werden.

**Frau Bauer** antwortet, dass man anhand der Zahlen eine Gefährdung nicht belegen oder ausschließen könnte, da unklar sei, wie sich die Schüler letztendlich entscheiden. Von Seiten des Schulamtes könne und würde sie unterstützen und z. B. auch Klassen genehmigen die weniger als 15 Schüler hätten. Sie bedankt sich beim Landrat für das in Auftrag gegebene, hilfreiche Gutachten und fügt hinzu, dass sie die Entscheidung gerne auf einer breiten Basis treffen möchte und sich für den Standort, mit den geringsten Risiken und dem größten Gewinn entscheiden möchte.

**Kreisrat Els** möchte von Frau Bauer wissen, ob das Modell 9+2 in der Schule in Haag Auswirkungen auf unsere Standorte haben könnte.

**Frau Bauer** antwortet, dass dies schwer zu sagen sei und die Frage laute, was wegemäßig näher liege. Sie müsse „pro Schüler“ entscheiden und Einzelfälle dann über eine Zuweisung regeln.

**Kreisrat Kuhn** schließt sich KR Sterr an, dass mit den bisherigen Informationen keine Empfehlung für einen Standort getroffen werden kann. Da diese Entscheidung vom Schulamt getroffen wird möchte er wissen, ob das Schulamt einen Favoriten habe und die Gründe dafür.

**Frau Bauer** antwortet, dass sie sich momentan für Finsing aussprechen würde, da dieser Standort räumlich gut erreichbar sei und sie die kleinste bzw. geringste Gefährdung dort sehe. Sie habe sich mit der Schülerbeförderung bisher noch nicht im Detail auseinandergesetzt und wird sich dies nun noch im Detail anschauen.

**Kreisrätin Treffler** findet eine Standortentscheidung ebenfalls schwierig. Sie macht sich Sorgen, dass Dorfen einen M-Zug verlieren könnte und würde sich deshalb eher für die Standorte Finsing oder Wörth entscheiden. Sie fände eine Darstellung gut, an der ersichtlich wäre wo die Beförderung am besten sei.

**Kreisrat Wiesmaier** stellt fest, dass das Gutachten keine Aussage zu möglichen Auswirkungen auf Endzüge oder den Standort Wartenberg getroffen habe. Er möchte von Frau Bauer wissen, ob aus ihrer Erfahrung heraus, eine Lenkung der Schülerströme möglich sei um Standorte weiter zu erhalten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Frau Bauer** antwortet, dass man eine Art Sprengelanbindung für 9+2 durchaus andenken könnte.

**Frau Michel** antwortet, dass die Auswirkungen auf Mittelschulen in den Annahmen mit einbezogen wurden aber keine statistisch signifikante Auswirkung auf Endzüge feststellbar sei.

**Kreisrätin Eichinger** stellt Frau Bauer die Frage, ob eine konkrete Schülerbefragung bei der Entscheidung helfen könnte.

**Frau Bauer** berichtet, dass eine Abfrage vermutlich wenig bringen würde, da die Schüler sehr kurzfristig eine Entscheidung treffen würden. Sie findet, dass ein neuer Standort ins Bewusstsein gebracht werden und ein Stück weit auch beworben werden muss. Wichtig sei, zu einer Entscheidung zu kommen, da die Schule einen Vorlauf zur Etablierung benötige. Sollte dies aufgrund offener Fragen nicht möglich sein, regt sie an lieber noch ein Jahr zu warten und den Standort im übernächsten Schuljahr zu etablieren.

**Der Vorsitzende** fasst gehörtes zusammen und schlägt vor folgenden Empfehlungsbeschluss für den Kreistag zu fassen. Der Landkreis übernimmt die Beförderungskosten für einen weiteren 9+2 Standort unter der Voraussetzung, dass die Schulamtsleitung bei der Entscheidung berücksichtige, dass keine Gefährdung eines M-Zuges, keine Gefährdung des bisherigen 9+2 Standortes Wartenberg vorliegt und dass eine zumutbare Erreichbarkeit mit bestehendem ÖPNV möglich sei.

**Frau Bauer** stellt dem Vorsitzenden die Frage: *„Denken Sie, dass das lösbar ist, was Sie mir aufgetragen haben?“*

**Der Vorsitzende** antwortet, dass man sonst die Fakten nochmal überprüfen und mit der Umsetzung ein Jahr warten sollte. Er fügt hinzu, dass der Antrag der CSU-Fraktion lautete, die Machbarkeit eines weiteren Standortes zu untersuchen und dabei zu berücksichtigen, dass keine bisherigen Standorte oder M-Züge gefährdet werden und eine zumutbare Erreichbarkeit vorläge.

**Kreisrat Wiesmaier** findet, dass hier Qualität vor Schnelligkeit gehen sollte.

**Kreisrat Kuhn** regt an, das Gutachten in das Ratsinformationssystem einzustellen.

**Der Vorsitzende** bestätigt dies und berichtet, dass das Gutachten sehr knapp eingegangen sei und deshalb nicht vorab eingestellt werden konnte.

**Kreisrat Wiesmaier** bedankt sich beim Landrat, dass dieses für den Landkreis und die Bildungsregion so wichtige Thema so ausführlich vom Kreisausschuss behandelt werden konnte. Er hofft und plädiert dafür, dass dem Kreisausschuss auch in Zukunft solche Themen zugemutet werden.

*Aus dem Gremium kommen zustimmende Signale.*



Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

**Beschluss: KA/0116/20**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, dass der Landkreis die Beförderungskosten für einen weiteren 9+2 Standort übernimmt, unter der Voraussetzung, dass die Schulumtsleitung bei der Entscheidung zur Einführung eines weiteren Standortes folgendes berücksichtigt:

- keine Gefährdung der Standorte und des bisherigen 9+2 Standortes Wartenberg und
- dass eine zumutbare Erreichbarkeit mit dem bestehenden ÖPNV gewährleistet ist.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

**2. Öffentliche Ausschreibung eines Rahmenvertrages über Büromaterial - Vorlage: 2016/1953**

**Der Vorsitzende** verweist auf die Vorlage und begrüßt Herrn Kröppel vom Beschaffungswesen. Er bittet ihn um Erläuterungen zur geplanten Ausschreibung eines Rahmenvertrages für Büromaterial.

**Herr Kröppel** berichtet, dass das Landratsamt und die zugehörigen Schulen momentan pro Jahr ca. 300 bis 400 Einzelaufträge für benötigtes Büromaterial an über 20 verschiedene Händler vergabe. Formal müsse man für jeden Auftrag mindestens 3 Angebote einholen und teilweise umfangreich recherchieren. Um diesen Aufwand zu reduzieren und die Aufträge zu bündeln, schlägt er vor, eine Ausschreibung für einen Rahmenvertrag für die Belieferung vorzunehmen. In dem Rahmenvertrag könne man die Lieferbedingungen und gewisse Produkte aber noch nicht verbindlich die Menge der Produkte festlegen.

**Kreisrätin Dieckmann** möchte wissen, ob unter den bisherigen Lieferanten auch Unternehmer aus dem Landkreis seien und wie sich die Änderung finanziell auswirken würde.

**Herr Kröppel** antwortet, dass derzeit ein Anbieter aus dem Landkreis Material liefere und dass eine Reduzierung der Preise, je nach Artikel, von ca. 10 – 20 % möglich sei. Zudem könne eine Schreibtischbelieferung eingeführt werden, wodurch man direkt bestellen könnte und die Lagerung der Artikel wegfallen.

**Der Vorsitzende** ergänzt, dass es ein riesen Aufwand sei die Ausschreibungen vor der Auftragsvergabe durchzuführen, dies würden dann ebenfalls wegfallen. Der Servicevorteil durch eine direkte Belieferung der Schulen und Abteilungen sei ebenfalls sehr hoch. Nachteil sei, dass örtliche Anbieter, mangels eines Produktkataloges, damit vermutlich nicht zum Zuge kommen.

**Kreisrätin Eichinger** möchte wissen, ob das Produktspektrum festgelegt oder eingegrenzt wird.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Treffler** möchte wissen, ob Recycling Produkte berücksichtigt werden.

**Kreisrat Kuhn** weißt auf den Leitfaden für die nachhaltige Beschaffung von Büromaterial hin, in dem verschiedene Qualitätskriterien festgelegt wurden. Er möchte wissen, ob bei uns ähnliches festgelegt wurde. Er findet, dass der Landkreis hier eine Vorbildfunktion habe und auf Nachhaltigkeit achten sollte.

**Herr Kröppel** antwortet, dass der Musterwarenkorb noch nicht festgelegt wurde, er aber Recycling Produkte enthalten wird. Momentan achte man bereits auf nachhaltige Produkte und verwende z. B. Marker die nachgefüllt werden können. Er fügt hinzu, dass Erfahrungswerte auch gezeigt hätten, dass die Qualität der ökologischen Produkte nicht immer gut sei, dann müsse man sich für die Qualität entscheiden.

**Kreisrat Mehringer** regt an auch Papier nachhaltig zu beschaffen und auf die dafür vorhandenen Logos zu achten.

**Herr Kröppel** erwidert, dass beim Papier als Minimum bereits der TCF-Standard festgelegt sei.

**Der Vorsitzende** verweist auf die in der Vorlage aufgeführten Zuschlagskriterien, die gut überprüfbar und funktional seien. Es sei schwierig die Produkte generell festzulegen und zu sagen, es dürfen nur ökologische Produkte gewählt werden. Zudem müsse dann festgestellt werden welches Produkt das ökologisch sinnvollste sei und erinnert an den hohen Wasserverbrauch beim Recyclingpapier.

**Kreisrätin Dieckmann** spricht sich für den Rahmenvertrag aus und regt an, die Schulen für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren.

**Kreisrat Kuhn** gibt zu, dass es schwierig sei Nachhaltigkeit in die Bewertungskriterien mit aufzunehmen. Er regt an in den Beschluss aufzunehmen, dass bei der Beschaffung auf nachhaltige Produkte geachtet wird oder zumindest der Begriff der Nachhaltigkeit bei der Bestellung auftaucht.

**Der Vorsitzende** erwidert, dass er sich gut vorstellen könne, mit einem E-Mail die Mitarbeiter und Schulen anzuregen und zu sensibilisieren, dass diese bei Bestellungen auf nachhaltige Beschaffung achten sollen.

*Aus dem Gremium kommen zustimmende Signale.*

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

#### **Beschluss: KA/0117/20**

Es wird ein Rahmenvertrag für das Landratsamt Erding und für alle in Sachaufwandsträgerschaft befindlichen Schulen über die Lieferung von Büromaterial unter Zugrundelegung der im Vorlagenbericht genannten Wertungskriterien öffentlich im Rahmen eines vollelektronischen E-Vergabe-Verfahren ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**





**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

### **3. Öffentliche Ausschreibung eines Rahmenvertrages zum Bezug von preisgebundener Fachliteratur Vorlage: 2016/1954**

**Der Vorsitzende** berichtet, dass es nun um einen Rahmenvertrag für benötigte Fachliteratur gehe. Er bittet Herrn Kröppel um Erläuterungen.

**Herr Kröppel** verweist auf die Vorlage und berichtet, dass nur das Landratsamt und nicht die Schulen bei diesem Rahmenvertrag berücksichtigt werden. Bisher habe man sehr viele Einzelbestellungen getätigt und möchte die Beschaffung nun vereinfachen und eine zentrale Lieferung ins Haus einrichten. Da die Preise durch die Buchpreisbindung überall gleich seien, könne man hier keine Einsparungen erzielen.

**Kreisrat Wiesmaier** interessiert, ob ein Vergleich mit anderen Landratsämtern vorliegen würde, bezüglich der Höhe der Fachliteratur.

**Herr Kröppel** verneint dies. Er berichtet, dass seit 2013 die Kosten im Hause rückläufig seien. Zudem werden vermehrt Online-Lösungen angeboten und Werke im Haus getauscht oder weitergegeben.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

#### **Beschluss: KA/0118/20**

Es wird ein Rahmenvertrag über die Lieferung von preisgebundener Fachliteratur, unter Zugrundelegung des im Vorlagenbericht genannten Wertungskriteriums, öffentlich im Rahmen eines vollelektronischen E-Vergabe-Verfahrens ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

## **4. Bekanntgaben und Anfragen**

### **4.1. Anfrage von KRin Eichinger zu den landkreiseigenen Brücken**

**Kreisrätin Eichinger** möchte wissen, ob der Sanierungsbedarf der kreiseigenen Brücken bzw. der Brücken die auf Kreisstraßen liegen, bekannt sei oder man dies überprüfen könnte.

**Der Vorsitzende** bejaht dies. Er berichtet, dass das staatliche Bauamt über einen genauen Plan verfüge. Zudem gebe es ein Brückenbuch in dem alles genau festgehalten wird, z. B. wann die letzte Bestandskontrolle durchgeführt wurde und in welchem Zustand die Brücke sei. Dies sei ein Bestandteil vom Kreisstraßen-Ausbauprogramm.



#### 4.2. Anfrage von KRin Dieckmann zum Weiterbau der A 94

**Kreisrätin Dieckmann** verweist auf den Schwerlastverkehr durch den Weiterbau der A 94. Sie berichtet, dass die anliegende Gemeinden Ängste vor anfallenden Schäden durch Baufahrzeuge hätten. Konkret wurde sie auf die ED 20 Buch am Buchrain Richtung Lengdorf und Walpertskirchen angesprochen. Sie möchte wissen, ob die Straße angeschaut wurde um spätere Schäden feststellen zu können und dann auch beheben zu lassen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** antwortet, dass dies von den Verantwortlichen des Bieterkonsortiums in den Bürgerversammlungen Buch und Pastetten konkret dargestellt wurde. Grundsätzlich liege die Zuständigkeit beim Staatlichen Bauamt.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Angelika Wackler  
Verwaltungsangestellte